

Vorderatz: wenn die Gesellschaft intervenirt hat für die Regierung und für die Zwecke des Staatswohls, so ist es unrecht, sie noch weiter herabzudrücken. Es läßt sich gewiß rechtfertigen, daß man denen, die so große Opfer bringen, aus dem Beutel der Steuerpflichtigen wenigstens ein Etwas zukommen läßt, während auf der andern Seite bei der sächsisch-bayerischen Eisenbahn volle Entschädigung geleistet wurde, und vorausichtlich, wie jetzt verlautet, auch bei der sächsisch-schlesischen derselbe Fall eintreten soll. Derselbe Beutel hat ja voll erhalten müssen für Leute, die nicht zurückgetreten oder wenigstens nur um ein Minimum zurückgetreten sind. Ich habe noch aufmerksam zu machen namentlich auf eine Aeußerung des Abg. Wapler, auf einen sehr wichtigen Gegenstand, der auf dieser Eisenbahn zu verfahren sein wird, das ist die Dresdener Steinkohle ab Riesa. Aus dem Hartfort'schen Berichte, den wir in der letzten Sitzung berathen haben, habe ich mir die Notiz entnommen, daß auf der bayerischen Eisenbahn zehn Karren Kohlen einer Wagenladung von 80 Centnern gleichgeschätzt und dafür 23 Mgr. und 70 Pf. pro Meile Fracht berechnet werden. Es resultirt daraus, daß ein Karren Steinkohlen pro Meile 2 Mgr. 3 Pf. giebt. Wenn nun die Eisenbahn nach Chemnitz hergestellt wird, so wird ein ungeheurer Zug von Steinkohlen aus dem Plauen'schen Grunde stattfinden, da nach obigem Satz der Karren von Riesa bis Chemnitz kaum 20 Mgr. Fracht zahlt und die Kohlen bis Riesa zu Wasser kommen. Der Fabrik- und Gewerbebetrieb nicht bloß von Chemnitz, sondern auch die Brennereien und der Privatbedarf in der Nähe der ganzen Bahn werden ungeheure Massen Dresdener Steinkohlen consumiren. Das ist noch ein Moment, welches ich nur anführen will in volkswirtschaftlicher Beziehung, was aber darthut, daß es sich um ein großes Unternehmen handelt, welches der Staat von Anfang an nicht hätte aus der Hand lassen dürfen, und die Ungerechtigkeit, diejenigen, die für ihn eingestanden haben, dafür zu hart büßen lassen zu wollen, muß wahrhaftig Jedem einleuchten! Man nennt sie Speculanten; das sind sie allerdings in einem gewissen Sinne, aber sie haben nie auf eine ausschweifende Rentabilität gehofft. Ich wiederhole, daß das patriotische Gefühl viel dazu beigetragen hat, diese Actien unterzubringen, und allerdings liegt es im Interesse des Unternehmens selbst, daß man der Sache, ich möchte sagen, noch ein rentableres Ansehen erhielt. Das ist bei allen Actienunternehmungen der Fall. Man muß sie nicht selbst geringer schätzen, wenn etwas aus der Sache werden soll. Aber deshalb darf man doch nicht so schroff, wie Abg. Wapler es gethan hat, hinstellen, daß man es nur mit Speculanten, und mit engherzigen Speculanten zu thun habe. Das Wort „engherzig“ hat er zwar nicht gebraucht, ich weiß es wohl, aber es liegt unbedingt in seiner Redeweise, gegen die ich mich überhaupt des Weiteren enthalte, da bereits von meinen Vorrednern das unumgänglich Nothwendige darauf bemerkt worden ist. — Nun, meine Herren, bitte ich Sie, auf meinen Vorschlag einzugehen; ich glaube, es würde sonst Manchen hinterher gereuen, nicht darauf eingegangen zu sein,

um so mehr, als der Vorschlag unter B. oder II. zu größern Weiterungen führt und überhaupt nur als Gerechtigkeits-etiquette gebraucht wird. Ich sollte meinen, daß Abg. Richter mit meinem Vorschlage sich vereinigen könne, da auch nach seiner Ansicht nochmaligen Weiterungen und Erörterungen vor Allem vorzubeugen sei.

Abg. Heisterbergk: In aller Kürze will ich auch meine Meinung dahin aussprechen, daß wir doch die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn nicht fallen lassen können. Ich kann mich nur nicht einverstanden erklären, diese beiden Vorschläge nach dem Ausschußberichte den Actionairen zur Wahl anheim zu geben. Mir ist der Antrag des Abg. Evans richtiger, als der des Abg. Wapler; der letztere ist durchaus nicht verträglich mit der Sache. Die Herren haben gesagt, um sich annähernd den Actionairen gerecht zu bezeigen, hätten sie ihre Anträge gestellt. Ich glaube aber, man muß noch einen Schritt weiter gehen, man muß den Actionairen und auch dem Staate ganz gerecht werden. Lassen Sie uns den zweiten Vorschlag im Ausschußberichte unter B. allein annehmen. Nach einem zehnjährigen Betriebe muß sich herausstellen, was die Bahn wirklich werth ist, und diesen Werth gewähre man dann den Actionairen. Es ist allerdings, glaube ich, den Actionairen das größte Unglück schon geschehen und ist unheilbar geworden; das hat darin bestanden, daß gerade viele kleine und Mittelleute zu der Zeit, wo die Actien so gewaltig fielen, die Actien verkauft und diese in die Hände der Speculanten gegangen sind. Ich würde mich dafür erklären, daß der zweite Vorschlag unter B. allein angenommen würde und eine zehnjährige Rente den Ausweis geben möchte, was die Bahn wirklich werth sei. Eine Schwierigkeit kann ich darin nicht finden; auch wenn wir diese zehnjährige Rentenberechnung nicht in Anspruch nehmen, so wird sie sich selbst nach 10 Jahren herausgestellt haben, auch ohne Zuthun und ohne unsere besondern Anträge darauf.

Präsident Cuno: Es hat sich Niemand weiter um das Wort gemeldet; ich schließe daher die Debatte.

Berichterstatter Abg. D. Hülf: Meine Herren! Die Anschauung des Ausschusses, welche er nach einer gründlichen Beschäftigung mit der Sache von seinem Standpunkte aus über die vorliegende Angelegenheit gefaßt hat, ist in mannichfacher Beziehung durch aus der Kammer hervorgehende Anträge gerechtfertigt worden. Es ist auf der einen Seite schon darauf hingewiesen worden, daß die Anträge, welche sich auf eine bestimmte Summe beziehen, nach beiden Seiten und zwar jedes Mal gleich viel von dem einen Ausschußantrage abweichen. Es liegt aber auch in der von dem letzten Redner ausgesprochenen Meinung eine Rechtfertigung für den Ausschuß insofern, als, wenn man dieser den Antrag entgegense stellt, der zuerst gestellt wurde, es sich bewährt, daß die Anschauung, die man von der Bahn selbst und der zweckentsprechendsten Art und Weise des Vertragsabschlusses mit